Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: vierzehntäglich 8 Beilagen — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 5.50 M., monatlich 2.20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 5.50 M., monatlich 1.85 M. Durch die Post vierteljährlich 6.— Mk., monatlich 2.— Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 35 Pfg. auswärts 45 Pfg., Reklamezeile 120 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 45 bezw. 120 Pfg. in Kraft.

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6764 Breslau.

Nummer 116 | Mittwoch, den 19. Mai 1920. | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Botschafterkonferenz hat die Entscheidung über die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark getroffen. Das Ergebnis wird demnächst bekannt werden.

* Die französisch-belgischen Besatzungstruppen aus dem Maingau sind nunmehr zurückgezogen worden.

* Der Beirat des Verbandes der Ärzte Deutschlands beschloß im Streit mit den Krankenkassen den Eintritt des vertragslosen Zustandes am 25. Mai. Er ist aber nochmals zu Einigungsverhandlungen bereit.

* Das Schweizer Volk hat mit rund 413000 Stimmen gegen 320000 den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund vollzogen.

* Die englische Arbeiterabordnung für Besprechungen mit der Sowjetregierung ist in Petersburg angekommen.

* Der türkische Sultan hat die Absicht, zum Zeichen des Protestes gegen die schweren Bedingungen des Friedensvertrages abzudanken.

* Aus Tokio wird berichtet, daß der Kaiser von Japan im Sterben liege.

* Der Senat der Vereinigten Staaten nahm die Resolution über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Österreich mit 43 gegen 38 Stimmen an.

* Wilsons Gesundheitszustand soll sich wieder verschlimmert haben. Hohe Staatsbeamte beginnen zu fürchten, daß ein völliger Zusammenbruch unmittelbar bevorsteht.

Abzug der Franzosen.

Immerhin, eine Tat. Marschall Foch zieht den Degen ein und läßt seine Truppen aus Frankfurt und Darmstadt, aus Hanau und Offenbach wieder abmarschieren. Ob gern oder ungern, er muß zugeben, daß in der neutralen Zone nicht mehr, sondern weniger deutsche Soldaten stehen, als die Entente im Höchstmaße zugelassen hat, und so bleibt den Franzosen, nach der gründlichen Aussprache mit ihren Verbündeten an den schönen Gestaden der Riviera, nichts anderes übrig, als ihrer Wege zu gehen. Ihre schwarzen und gelben und weißen Truppenverbände werden zurückgenommen; das Feld wird wieder frei für neue Versuche, endlich einen irgendwie tragfähigen Grund zur Anbahnung eines wahren Friedenszustandes zu legen.

Man braucht gar kein Hehl daraus zu machen, daß hier in Deutschland den Franzosen die feste Absicht unterschoben worden ist, in Frankfurt zu bleiben. Zum mindesten solange zu bleiben, bis andere Ereignisse, sei es in Berlin, sei es in Rheinland-Westfalen, weitere Entschlüsse ermöglichen und nach außen hin rechtfertigen würden. Es besteht auch Grund zu der Annahme, daß gewisse militärische Kreise ihren Einfluß in diesem Sinne geltend machten. Aber die Politiker haben diesmal doch die Oberhand gewonnen. Einmal dank dem freundlichen Zureden von Nitti und Lloyd George, die ihnen begreiflich machten, daß ihre Ziele sich auch auf nicht-militärischen Wegen würden erreichen lassen, was schließlich in der großen Welt einen besseren Eindruck hinterlassen müßte. Dann aber mochten sie sich auch aus eigener Beobachtung davon überzeugt haben, daß die vertragswidrige Besetzung des Maingaues die Stimmung in Deutschland auf das äußerste gegen Frankreich eingenommen hatte. Von einer Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, von einer irgendwie gutwilligen Mitarbeit unseres Volkes an dem Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Provinzen konnte solange gar keine Rede sein, wie Herr Millerand uns durch unzweifelhaft kriegerische Maßnahmen verhindern wollte, selbst das geringe Maß von Bewegungsfreiheit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande zur Anwendung zu bringen, das der Versailler Vertrag uns gelassen hat. Diese Erkenntnis trug schließlich doch den Sieg davon über die Ungenügsamkeit des französischen Generalstabes, der die Sicherheit der Republik auch vor dem völlig zu Boden geworfenen Deutschland nur mit militärischen Mitteln gewährleistet sehen wollte. Damit ist es, zunächst wenigstens, vorbei; und wenn der Tag von Spaa gekommen ist, können die deutschen Staatsmänner sich in dem Bewußtsein an den Ententetisch setzen, daß ihre entschiedene Haltung in dieser Frage sich wieder einmal als die einzig richtige erwiesen hat. Genau so wie in der Auslieferungsfrage. Was hoffentlich in Zukunft nicht wieder vergessen werden wird.

Wenn wir nun aber vorwärtskommen wollen, müssen wir uns hüten, bei dem, was hinter uns liegt, nun noch lange mit mehr oder weniger schönen Reden zu verweilen. Wir sollen auch nicht von einem großen Siege der Deutschen sprechen, weil es keinen Sinn hat, Empfindlichkeiten zu reizen, oder von einer Niederlage der Franzosen gegenüber ihren Bundesgenossen, die ganz gewiß alles, was nur irgendwie in ihren Kräften steht, tun werden, um Herrn Millerand die bittere Pille, die sie ihm aufgenötigt haben, zu versüßen. Auf unsere Kosten selbstverständlich. Die überaus umständlichen und sorgfältigen Vorbereitungen der Konferenz von Spaa weisen schon zur Genüge darauf hin, das, was den Franzosen mit der einen Hand genommen wurde, ihnen mit der andern Hand wieder gegeben werden soll. Und in dem Augenblick, wo selbst in Italien sogar die Möglichkeit einer nationalistischen Politik wieder drohende Gestalt annimmt, haben wir alle Veranlassung, uns an ruhiger, kühler und besonnener Würdigung der Gesamtlage uns von keinem anderen Volke übertreffen zu lassen. Vielleicht trägt der Wahlkampf, in den wir jetzt mehr und mehr hineingeraten, dazu bei, die allgemeine Aufmerksamkeit von diesen einer sehr delikaten Behandlung bedürftigen Fragen abzulenken. Wenn irgendeine, so muß diese Aufgabe unserer auswärtigen Politik, die in Spaa zu lösen wird, dem Parteikampf und dem Zeitungslärm nach Möglichkeit entrückt bleiben. Lassen wir die Franzosen in Frieden ziehen, obwohl sie in Unfrieden gekommen sind. Lassen wir sie sich auch noch einmal ins Unrecht setzen, indem sie sechs der hervorragendsten Frankfurter so lange als Geiseln festhalten, bis die Räumung vollzogen ist — umso deutlicher wird es von der ganzen Welt empfunden werden, wie unsinnig und wie unbegründet diese ganze militärische Aktion gewesen ist. Aber stören wir ihren Abzug weder durch Worte noch durch Taten — je lautloser er vonstatten geht, desto besser für uns.

•

Die Räumung Frankfurts

durch die Franzosen begann Montag früh 5 Uhr in aller Stille. Die Truppen marschierten nicht in geschlossenen Kolonnen mit Musik ab, sondern in kleinen Gruppen, nur dann und wann hörte man die Marseillaise einer Musikkapelle. Die sechs von der französischen Oberleitung in Gewahrsam genommenen Geiseln waren der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident, die Stadtverordneten Hopp und Rumpf und ein Stadtrat. Die Wachen wurden überall um 7 Uhr aufgehoben. Die letzte Hauptwache an der Oper, die von den Belgiern gestellt war, verließ lautlos um 7,10 Uhr den Plan. Nur wenige Neugierige hatten sich auf den Straßen versammelt, besonders vor dem Stabsquartier. Die Fahnen waren schon am Sonntag überall eingezogen worden. Um 9 Uhr verließ der Kommandierende General der 11. französischen Infanteriedivision, General Vidalon, mit seinem Stabe und dem Platzkommandanten Frankfurt, nachdem er die Geiseln, die sich vor 7 Uhr im Stabsquartier versammelt hatten, mit den Worten: „Ich danke Ihnen, meine Herren! Sie sind frei!“ entlassen hatte. Es ist kein Zwischenfall vorgekommen. Dagegen wurde am Sonntag noch bei einer Schlägerei eine Frau durch betrunkene Soldaten erstochen. Die deutsche Militärkommission erläßt zwei Bekanntmachungen, mit der Aufforderung an alle Personen, die vom 6. April bis 16. Mai französische oder belgische Einquartierung, sei es auch nur für Tage, gehabt oder durch die Besatzung Sachschaden irgendwelcher Art erlitten haben, ihre Ansprüche anzumelden.

Darmstadt wurde im Laufe des Montagvormittag ebenfalls geräumt, ebenso Hanau.

Was soll Deutschland zahlen?

Die Beschlüsse von Folkestone.

Englands und Frankreichs führende Staatsmänner haben Folkestone wieder verlassen. Ihre Besprechungen mit Hinsicht auf die vorläufig noch immer nicht im Termin feststehenden Besprechungen von Spaa haben zu einer amtlichen Schlußerklärung geführt, in der gesagt wird:

Die englische und die französische Regierung erkennen an, daß es im allgemeinen Interesse liegt, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unverzüglich sichergestellt wird, und daß zu diesem Zweck die nötigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden. Sie erkennen ferner an, daß es wünschenswert ist, daß Deutschland in den Stand gesetzt werde, durch eine rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Selbständigkeit wiederzuerlangen. Die Regierungen glauben übrigens, daß, um eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die allgemeine Weltlage schwer belasten, herbeizuführen, und um endgültig eine Ära des Friedens herzustellen, es notwendig sei, zu einer Regelung der Gesamtheit aller internationalen durch den Krieg verursachten Lasten zu kommen, und daß es parallel damit notwendig sei, die Vereinigung der Kriegslasten der alliierten Länder und der Wiedergutmachungslasten der Mittelmächte sicherzustellen. Infolgedessen werden die Sachverständigen der beiden Länder damit beauftragt, sofort ihren Regierungen zur Prüfung den Minimalbetrag der deutschen Schuld, der sowohl von den Alliierten angenommen werden könne, als auch vereinbar sei mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, vorzuschlagen, des ferneren die Zahlungsmodalitäten und die bestmögliche Art, diese Schuld flüssig zu machen, zu bestimmen.

Übermäßige Klarheit bringt auch diese Erklärung noch nicht, wenn auch die Anschauung interessant ist, daß die Abbürdung der gesamten Kriegsschuld nur durch internationale Regelung erfolgen kann und daß Deutschland in den Stand gesetzt werden muß, das zu zahlen, was es zahlen soll oder muß. Man darf ihm Ernährungs- und Arbeitsmöglichkeit nicht verkümmern! Wenn dieses Prinzip — woran man noch füglich zweifeln kann — wirklich durchgeführt würde, könnte man endlich vom beginnenden Frieden reden. Das Newyorker Sensationsblatt „Herald“ verkündet, von Deutschland würden 90 Milliarden Goldmark, zahlbar in dreißig Jahreszahlungen als Entschädigung verlangt werden. Deutschland soll ermächtigt werden, die beiden ersten Zahlungen durch zwei von den Alliierten garantierte internationale Anleihen zu begleichen. Aber das ist die Nachricht einer äußerst verdächtigen Quelle, zumal die Alliierten betonten, die Beratungen über Deutschlands Zahlungspflicht sollten erst in Spaa endgültige Beschlüsse zeitigen. Wann aber die Konferenz in Spaa wirklich zustande kommt, schlummert im Schoß der Zeiten.

Der 13. März 1920.

Eine Flugschrift des Obersten Bauer.

Oberst Bauer, einer der Urheber des Kapp-Putsches, hat soeben unter dem Titel „Der 13. März 1920“ eine Flugschrift erscheinen lassen, die die Geschichte der „Sieben-Tage-Regierung“ darstellen soll. Bedeutsam sind seine Mitteilungen über die Verhandlungen, die vor dem 13. März mit Vertretern auswärtiger Staaten geführt wurden. Der Standpunkt, den diese Politiker einnahmen, läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Wenn das Unternehmen lediglich zur Sicherstellung der Ruhe und Ordnung erfolgt, so ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn damit aber die Rückkehr zur Monarchie oder zum Militarismus beabsichtigt ist, so werde die Entente mit allen Mitteln dagegen einschreiten.

Lüttwitz und seine Offiziere.

Was Oberst Bauer über die Vorgänge kurz vor dem Zusammenbruch des Unternehmens sagt, ist nicht neu; schon von anderer Seite ist dieses Kapitel geschrieben worden. Wir geben es trotzdem der Vollständigkeit halber wieder:

„Am 17., vormittags, war die Situation unhaltbar geworden, Kapp bereits „zurückgetreten“. Lüttwitz entschloß sich, die Truppenkommandeure zu hören und sich über ihre Stellungnahme zu vergewissern. Plötzlich erschien ein Haufen (!) Generale und Stabsoffiziere aus dem Reichswehrministerium, die Lüttwitz' Rücktritt verlangten. Einige von diesen Herren, wohlgemerkt, preußische Offiziere, drangen in einer Form auf ihren Vorgesetzten ein, wie ich sie nie von Offizieren für möglich gehalten hätte. Am Nachmittag um 4 Uhr versammelten sich die Kommandeure der Reichswehr und der Sicherheitspolizei. Es wurde ihnen die Lage ausführlich geschildert. Von Anfang an war klar, daß die Saat des Verrats auch unter ihnen aufgegangen war. General von Oven sprach sich, zweifellos unter dem Einfluß seines Chefs, des Oberleutnants Wetzell, in schärfsten Worten gegen General von Lüttwitz aus und forderte dann — ich glaube nicht richtig zu hören — diejenigen auf, die noch für Lüttwitz seien, sich zu melden. Es waren neben Korvettenkapitän Ehrhardt und seinen Offizieren noch etwa ein halbes Dutzend. Der Rest war gegen Lüttwitz. Jetzt hätte es nur noch ein Mittel gegeben. Aber Freiherr von Lüttwitz, aufs tiefste erschüttert, war dazu nicht mehr zu haben.

Was das für ein Mittel war, sagt der Oberst nicht. Seine Gegner behaupten, er habe damit eine rücksichtslose Säbeldiktatur gemeint.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 18. Mai.

Deutscher Protest gegen die Kronenwährung.

Berlin. Die deutsche Regierung hat gegen die beabsichtigte Einführung der Kronenwährung in der ersten schleswigschen Abstimmungszone durch eine Note Protest eingelegt, die von dem deutschen Geschäftsträger in Paris und dem deutschen Delegierten bei der internationalen Abstimmungskommission für Schleswig überreicht worden ist.

Telegraphenarbeiterstreik in Berlin.

Berlin. Die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins traten heute vormittag in den Ausstand und zogen im Demonstrationszuge durch die Stadt.

Deutschgesinnte Schleswiger.

Flensburg. Gegenüber den Versuchen, die Einwohner der vier Kirchspiele südlich der Clausenlinie: Aventoft, Medelby, Ladelund und Süderlügum für die Annexion des Gebiets an Dänemark zu gewinnen, ist seitens der Bevölkerung selbst eine entscheidende Kundgebung erfolgt. Von den 1800 einheimischen Stimmberechtigten der vier Kirchspiele haben 1460 schriftlich darum ersucht, bei Deutschland zu verbleiben.

Verschärfte Kontrolle der Rheingrenze.

Koblenz. In einer Besprechung zwischen dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete und Vertretern der Reichsregierung wurden Richtlinien zur Bekämpfung der unerlaubten Ein- und Ausfuhr aufgestellt. Es soll eine Postenkette fliegender Kommandos aufgestellt werden, um den Grenzverkehr zu überwachen. Auch die Rheinschiffe sollen schärferer Kontrolle unterliegen, da sie hauptsächlich für Schmuggel mit Luxuswaren und Kohlen in Betracht kommen.

Erzberger für Linkspolitik des Zentrums.

Stuttgart. Erzberger erklärte in einer Rede vor seinen Wählern in Biberach, die Zentrumspolitik werde demokratisch sein oder sie werde nicht sein. Es bestehe die Gefahr, Millionen von Arbeitern abschwenken zu sehen. Lieber wolle man einige hundert rechts gerichtete Besitzer als die Arbeiterstimmen verlieren. Die Neuwahlen müßten wieder eine Koalitionsregierung von Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten bringen, eventuell unter Hinzuziehung der nationalen Volkspartei.

Ein französisches Werbebureau in Frankfurt a. M.?

Halle a. S. Französische Werber durchziehen in großer Anzahl seit einigen Wochen Deutschland, um junge Leute zum Eintritt in die Fremdenlegion zu bewegen. Die französische Regierung soll ein offizielles Werbebureau für die Fremdenlegion in Frankfurt a. M. eingerichtet haben.

Polnische Ausschreitungen.

Marienwerder. Anläßlich einer polnischen Kundgebung kam es hier zu Unruhen und Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen verwundet wurden. Die Ruhe wurde erst durch das Einschreiten der italienischen Besatzungstruppen wieder hergestellt. Die Untersuchung der ganzen Angelegenheit liegt in den Händen der interalliierten Kommission Marienwerder.

Beratungen des Völkerbundrates.

Rom. Der Völkerbundrat hielt eine geheime und darauf eine öffentliche Sitzung unter Vorsitz Tittonis. Dieser teilte mit, daß die armenische Frage noch Gegenstand des Meinungsaustausches unter den Regierungen bilde und daß Luxemburg wünsche, dem Völkerbund beizutreten. Hierauf verlas Tatsui einen Bericht über die Abstimmung in den Kreisen von Eupen und Malmedy, wegen deren die deutsche Regierung die Intervention des Völkerbundes verlangt. Zum Schluß berichtete Tittoni noch über die Lage der deutschen, österreichischen, ungarischen und rumänischen Kriegsgefangenen in Sibirien, deren Heimschaffung sehr schwierig sei. Der Völkerbundrat erwarte einen baldigen Bericht Nansens darüber. Alle Berichte wurden einstimmig angenommen.

Keine Bolschewistenpropaganda in Litauen.

Kowno. Die Litauische Telegraphenagentur bezeichnet die Nachrichten der „Kopenhagener Berlingske Tidende" über eine Bolschewistenpropaganda in Litauen als völlig falsch.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Einstweilen kein Streik der Bankbeamten.) Da zwischen den beiden großen Angestelltenverbänden eine Übereinstimmung nicht erzielt wurde, wird es einstweilen zu einem allgemeinen Streik im Bankgewerbe nicht kommen. Der „Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten" war für den Streik, der „Deutsche Bankbeamtenverein" dagegen. Infolgedessen erklärte der Allgemeine Verband, die Verantwortung für einen Streik im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht übernehmen zu können. Der Streik wurde daher abgelehnt.

Hamburg. (Ende des Streiks der Gasthausangestellten.) Zwischen dem Zentralverband der Gastwirte Hamburgs und der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtsgehilfen Hamburgs führten die Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß die Gastwirtsgehilfen am 16. d. Mts. die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen haben. Das Hilfspersonal erhält einige Aufbesserungen. Die Tarifverhandlungen werden fortgesetzt.

Aus dem Parteileben.

— **Der Riß im Zentrumsturm.** Die Hoffnung der rheinischen Zentrumsführer, die unzufriedenen Elemente, die sich losgelöst und eine neue Christliche Volkspartei gegründet haben, noch einmal zurückzuholen, hat sich nicht erfüllt. Der Führer der Kölnischen Zentrumspartei, Herr Rings, teilt in einer Wahlversammlung mit, die nochmals gepflogenen Verhandlungen seien gescheitert.

Wirkliche oder Scheinverhandlungen?

Am 25. Mai soll in dem belgischen Badeort Spaa zwischen den führenden Verbands-Politikern und deutschen Vertretern mündlich über die Durchführung der deutschen Abrüstung und der Wiedergutmachungen verhandelt werden. Verschiedene Stellen bestätigen, daß sich die in San Remo seinerzeit versammelten Verbandminister diesen Entschluß mühsam abgequält haben. Der französische Ministerpräsident Millerand stellt für die Verhandlungen in Spaa zwei Bedingungen: 1. eine vorherige Verständigung innerhalb der Verbandsmächte über die Deutschland gegenüber einzunehmende Haltung, 2. eine Bedrohung Deutschlands mit militärischen Gewaltmaßnahmen, falls Deutschland die Friedensbedingungen dauernd nicht einhalten sollte. Die französische Presse sucht England mit allen Mitteln gegen Deutschland aufzuhetzen. Man soll in englischen politischen Kreisen bereits die Überzeugung gewonnen haben, daß die deutschen Vertreter in Spaa keinesfalls an den Diskussionen teilnehmen dürfen, sondern sich mit beratender Stimme zu begnügen hätten.

Es wäre unklug, wollte man bei den ersten mündlichen Verhandlungen, die zwischen leitenden Verbandsministern und deutschen Kabinettsmitgliedern stattfinden sollen, sofort vollste Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer fordern. Wenn auch Deutschland, wie verlautet, nur über die einfachen, praktischen Ausführungsmöglichkeiten des Versailler Friedensvertrages seine Meinung äußern darf, so ist nicht recht ersichtlich, wie Deutschland dies tun kann, ohne die Versailler Bedingungen selbst zu kritisieren und Abänderungsvorschläge zu machen. Wenn die deutschen Vertreter in Spaa höchstens als Zeugen, wenn nicht gar als Angeklagte, vor dem Richterstuhle des Verbandes erscheinen werden, so ist das gewiß keine glänzende Rolle. Da ist es von besonderer Wichtigkeit, daß die deutschen Vertreter an Würde, Sachkenntnis und Geschicklichkeit ihren Partnern mindestens ebenbürtig sind. Nur Parteileute oder durchschnittliche Ressortchefs können in Spaa nur eine klägliche Rolle spielen und für unser Land auf dem Wege zur Gleichberechtigung keine Erfolge erzielen.

Zur Auswanderung nach Sowjet-Rußland.

Der Glaube, in Rußland eine neue bessere Heimat finden zu können, ist weit verbreitet. Einer, der ihn auch hatte, wollte Näheres erfahren.

Ort: Alt-Moabit. Ein unscheinbares Café, im Hinterstübchen, abgeschlossen von der Umwelt, eine kleine Versammlung. Am Tisch drei Auswanderungskommissare. Der Sprecher schildert den Zukunftsstaat. Kein Paradies will er versprechen. Nein, nur harte Arbeit verspricht Erfolg. Frauen und Kinder kann man „noch" nicht mitbringen. Handwerker und Facharbeiter werden verlangt. Die Aufgabe ist groß und schwierig. Die Schwierigkeit reizt. Geld braucht man keines, es ist abgeschafft. Für alles sorgt der treusorgende Sowjet. Wohnung gibt der Bauer bereitwillig her. Er habe eine Sommer- und eine Winterwohnung, eine träte er dem Auswanderer gerne ab. Verpflegung ist gut. Ein volles halbes Pfund Brot erhält der Schwerarbeiter, und zwar zu 1,25 Rubel. Der leichter Arbeitende erhält ein Viertel Pfund und der Bourgeois nur ein Achtel, und dafür muß er 800 Rubel pro Pfund zahlen. „Wir verhindern sein Sterben, damit er sein Letztes hergibt."

Die Versammlung freut sich. Nur der eine fragt: „Ich kann aber mit einem halben Pfund Brot nicht auskommen, und Geld bekomme ich doch nicht genug, um 800 Rubel für das Pfund markenfreie Brot zu zahlen?" — „Ja, da müssen Sie sich eben etwas Geld mitnehmen!" ist die Antwort.

Die Versammlung wird geschlossen. Der eine bleibt bedenklich. Wovon sollen denn Frau und Kinder zu Hause leben? Gibt mir denn auch sicher der russische Bauer einen Teil seiner Wohnung ab, und wie ist die? Wo kriege ich Handwerkszeug her, und wie komme ich hin? Geld ist abgeschafft, aber Geld soll ich mitnehmen. Und dergleichen mehr Bedenken steigen in ihm auf, und schließlich fragt er sich: Sind die Auswanderungskommissare denn Arbeiter, und was wollen die?

Ja, was wollen die? Der eine ist wegen eines halben Pfundes Brot nachdenklich geworden. Die andern werden es nie. Sie werden Propagandafutter für den Bolschewismus. Wie leicht hat es doch die bolschewistische Propaganda! —

Der Reichswirtschaftsminister und „praktischer Sozialismus".

Kürzlich tagte in Berlin die Reichskonferenz der Sozialdemokratie, auf welcher auch Reichskanzler Hermann Müller und Reichswirtschaftsminister Schmidt über ihre bisherige Arbeit und ihre Pläne sprachen.

Immer wieder machen wir im Leben die praktische Erfahrung, daß die unerbittlichsten Kritiker in ihrem Handeln milde und vorsichtig werden, wenn ihnen die verantwortliche Leitung eines Gebietes übertragen wird. Wirtschaftsminister Robert Schmidt erklärte es für unmöglich, Sozialisierung an einem kranken Wirtschaftskörper vorzunehmen. Er wies auf die bereits erfolgte Sozialisierung der Elektrizitäts-Wirtschaft und auf den Erwerb eines großen Bergwerksbetriebes durch das Reich hin. Er stellte mit anerkennenswerter Offenheit fest, daß nur erhöhte Kohlenproduktion eine erhöhte andere Produktion ermögliche. Er klagt dann weiter darüber, daß man im Volke vielfach den Achtstundentag als etwas Selbstverständliches hinnehme und ihn garnicht mehr als eine gewaltige Errungenschaft empfinde.

Die Kohlenerzeugung kann auf die Dauer nur gesteigert werden, wenn wir hunderttausende neuer Bergleute in den Grubenbezirken ansiedeln. Dies kann erst nach Monaten und Jahren erreicht werden. Da wir mit dem Wiederaufbau unmöglich solange warten können, müssen die zurzeit im Bergbau tätigen Arbeiter ihre Arbeitsleistung steigern. Der Achtstundentag läßt es zu einer solchen Steigerung der Arbeitsleistung im Bergbau nicht kommen. Die Bergleute sind mit ihrer Behauptung, dem allgemeinen Achtstundentag entspräche eine sieben- oder gar sechsstündige Arbeitszeit im Bergbau, durchaus im Recht. Die Arbeitsgerechtigkeit verlangt, daß in den leichteren Berufen länger gearbeitet wird als in den schwereren. Auch hier ist allgemeine Gleichheit allgemeine Ungerechtigkeit. Haben sich einmal nach den Wahlen vom 6. Juni die politischen Machtverhältnisse neu umrissen, so wird es hoffentlich im deutschen Reichstag eine weit nach rechts und nach links reichende große Mehrheit geben, welche mindestens einen neunstündigen Normal-Arbeitstag als eine Art Arbeits-Notopfer beschließt. Nur wenn dies geschieht, wird — um mit den Worten des Ministers Schmidt zu sprechen — die Zeit nicht mehr fern sein, wo man sagen kann: „Die Wirtschaft ist auf dem Wege der Gesundung."

Abwarten!

Wie aus dem Haag gemeldet wird, kam in der zweiten Kammer eine Interpellation des Kommunisten Ravensteyn über die Möglichkeit der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland zur Sprache.

Der Minister des Äußeren Karnebeek erwiderte, die Erfahrungen, die andere Regierungen mit Sowjetvertretern gemacht hätten, machten es nicht wahrscheinlich, daß die Sowjetregierung bei Wiederaufnahme der politischen Beziehungen beabsichtige, die Rechte der holländischen Regierung zu achten. Sowohl in England, wie in Deutschland und in Schweden habe man die Sowjetvertreter ausweisen müssen. Das russische Problem sei vom Völkerbund in Behandlung genommen, und Holland könne nicht vereinzelt mit der Anerkennung der Räteregierung vorgehen. Die Regierung müsse deshalb eine abwartende Haltung annehmen. Auf die Frage der Handelsbeziehungen übergehend, wies der Minister darauf hin, daß die Kopenhagener Besprechungen bisher keinen besonderen Erfolg gezeitigt hätten. Die englischen und die französischen Delegierten seien abgereist, und die amerikanischen Delegierten seien im Begriff, dasselbe zu tun. Der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen müsse eine genaue Untersuchung der wirtschaftlichen Bedingungen in Rußland vorausgehen.

Der Antrag Ravensteyn, in dem die sofortige Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland gefordert wurde, wurde mit 43 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Während Holland also eine Klärung der Lage in Sowjetrußland abwartet, was zurzeit das einzig richtige und vernünftige ist, fühlt sich die „Freiheit", das Organ der U. S. P. D. berufen, die deutsche Arbeiterschaft wiederum zu einer Kundgebung gegen den Überfall auf die Sowjetrepublik durch Polen aufzurufen.

Politik ist nicht jedermanns Sache. Wir sollten es nun wohl aus den Ereignissen der letzten Jahre gelernt haben, daß sie uns Deutschen am allerwenigsten liegt.

Vor allem aber sollten wir erkennen, daß es heute wahrhaftig wichtigeres gibt, als für die Interessen Sowjetrußlands, die absolut nicht die unsrigen sind, wie die „Freiheit" mutig zu behaupten wagt, so lange im eigenen Lande noch so viel Arbeit unserer wartet, bis die notwendige Ruhe und damit der Boden für eine geordnete und segenbringende Arbeit geschaffen ist, einzutreten.

Wann werden wir es lernen, die Hände von Dingen zu lassen, die uns erst in zweiter oder dritter Linie angehen; wann werden wir einsehen, wie unnütz und gefahrbringend es ist, für andere „die Kastanien aus dem Feuer zu holen".

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Allmählicher Abbau der Zwangswirtschaft.** Die in Berlin abgehaltene Konferenz der Ernährungsminister der Einzelländer stimmte grundsätzlich den Ausführungen des Reichsministers für Ernährung zu, daß mit allen Kräften dahin gestrebt werden müsse, die Zwangswirtschaft sobald wie möglich überflüssig zu machen, und daß der beste Weg hierzu eine tatkräftige Förderung der Landwirtschaft sei. Für die Getreidebewirtschaftung wurde vom Reichsminister der Entwurf einer Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vorgelegt. Dieser hält für Brotgetreide an dem bisherigen Bewirtschaftungssystem fest. Ferner wird der Hafer wieder in die Zwangsbewirtschaftung einbezogen. Dagegen sollen Hülsenfrüchte freigelassen werden. Die Versammlung stimmte diesem Entwurf im wesentlichen zu. Für die Kartoffelbewirtschaftung wurde ein Plan vorgelegt, der die Ersetzung der Zwangswirtschaft durch ein System von Lieferungsverträgen bezweckt, und zwar soll auf die Zwangswirtschaft verzichtet werden, wenn die Landwirtschaft auf diesem Wege bis zum 1. August 1920 120 Millionen Zentner zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt. Dieser Plan fand in der Versammlung geteilte Aufnahme und starke Bedenken wurden laut. Man hofft aber auf Milderung der Zwangswirtschaft noch in diesem Jahr. Für die Fleischbewirtschaftung erklärte sich die Versammlung mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Viehpreise einverstanden. Die Entwürfe über die Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung werden baldigst dem Reichsrat zugehen.

✚ **Der Ausnahmezustand in dem westdeutschen Industriegebiet,** besonders in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster und Arnsberg, ist auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die bisher den Militärbefehlshabern zustehende vollziehende Gewalt ist auf Regierungskommissare übergegangen. Das Eingreifen des Militärs erfolgt nur auf Ersuchen der Regierungskommissare. Die Befehlsgewalt innerhalb der Reichswehr wird dadurch nicht berührt. Außerordentliche Kriegsgerichte bleiben zwar einstweilen bestehen, ihre Aufhebung soll aber ins Auge gefaßt werden.

✚ **Zu den Vorgängen in Sangerhausen** wird von halbamtlicher Seite erklärt, die ersten Meldungen hätten ein unrichtiges Bild ergeben. Nach zuverlässigen Informationen dürfte es sich überhaupt um keinen politischen Putsch handeln. Vielmehr sind die Gelderpressungen, die sich bestätigen, von drei gewöhnlichen Verbrechern begangen worden, die mit Politik nichts zu tun, sondern sich höchstens ein politisches Mäntelchen umgehängt haben. Zwei von den Missetätern sind hinter Schloß und Riegel gebracht. Es herrscht völlige Ruhe in Sangerhausen.

✚ **Der neue Entwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels,** der der preußischen Landesversammlung vorliegt, bietet eine Reihe von Bestimmungen allgemein interessierenden Inhalts. Der Entwurf will alle Vorrechte des Adels beseitigen, so das Recht eigener Gesetzgebung, das Recht zur Ausübung öffentlich-rechtlicher Befugnisse durch besondere Behörden, das Recht von Führung von Prädikaten. Königl. Hoheit, Durchlaucht, Erlaucht usw. fallen fort. Die bisherigen Adelsbezeichnungen gelten als Teil des Namens, der Namensschutz wird gewährleistet. Die Bezeichnung von Familienoberhäuptern mit besonderen Titeln, wie z. B. die Annahme des Fürstentitels beim ältesten Sohne, wird für die Zukunft verboten. Die bisherigen Träger behalten ihre Bezeichnungen.

✚ **Keine Abhaltung des Schulunterrichts in polnischer Sprache.** Vor einigen Tagen ging durch die polnische Presse in Oberschlesien das Gerücht, daß infolge des Schulstreiks von der Interalliierten Kommission angeordnet worden wäre, den Schulunterricht in den Kreisen Rybnik und Pleß nur in polnischer Sprache abzuhalten. Wie nun von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entspricht dies nicht den Tatsachen.

✚ **Bekenntnis zum Deutschtum.** Der Zweibrücker Vorort Einöd hatte durch Volksabstimmung Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob die Gemeinde in das Saargebiet fallen oder bei der Pfalz verbleiben wolle. Das Ergebnis war ein einmütiges Bekenntnis zum Deutschtum und der Entschluß, bei Deutschland bleiben zu wollen.

✚ **Wahlrede des Reichskanzlers.** In Nürnberg haben die Mehrheitssozialisten Frankens ihre erste Wahlversammlung abgehalten, in der Reichskanzler Müller, der als erster auf der Kandidatenliste steht, eine politische Rede gehalten hat. Bezüglich unserer Außenpolitik sprach er seine Genugtuung darüber aus, daß England und Italien betreffs unserer Wiedergutmachungs- und Zahlungsfähigkeit einsichtig geworden seien; sobald auch Frankreich zur Einsicht kommen werde, werde Europa zu gesunden beginnen. In seinen Ausführungen über unsere Innenpolitik griff Redner die Rechtsparteien an und erklärte, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen jemals mit der Deutschen Volkspartei eine Koalitionsregierung bilden werde. Nach links erklärte der Reichskanzler, daß die russische Sowjetregierung nicht zur Nachahmung reize, denn dort sei nichts vorhanden, was wie ein Paradies ausschaue. Der Tag des Zusammenschlusses der gesamten Sozialdemokratie werde in Bälde kommen.

✚ **Bei der Neuwahl des Landtags in Mecklenburg-Strelitz** wurde die bisherige Mehrheit der Sozialdemokratie beseitigt. Gewählt wurden voraussichtlich für die S. P. D. 15 (bisher 18 von 35 Mandaten), für wirtschaftl. Vereinigung (Rechtsparteien) 10, Demokraten 5, Handwerkergruppe 4, Unabhängige 1 Abgeordnete. Insgesamt erhielten (es fehlen nur noch wenige unbedeutende Orte) die Mehrheitssozialisten 22 364, die Unabhängigen 2233, die Wirtschaftliche Vereinigung 12 709, die Demokraten 7784, die Gruppe „Handwerk und Gewerbe" 6160, die Rentner 1153 Stimmen.

✚ **Die Landtagswahlen in Braunschweig** ergeben eine Zunahme der Stimmen für die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Abgegeben wurden an Stimmen für den Landesverband (vereinigte Rechtsparteien) etwa 74 000 Stimmen, für die Unabhängigen 72 900, Sozialdemokraten 27 620, Demokraten 18 540, Kommunisten 2870. Voraussichtlich erhalten von den 60 Mandaten der Landesverband 23 bis 24, die Unabhängigen 23, Sozialdemokratie 7 bis 8, Demokraten 6, die Kommunisten keines. 1918 erhielt die Sozialdemokratie 17, der Landesverband 16, die Unabhängigen 14 und die Demokraten 13 Sitze.

Freistaat Danzig.

× **Volksvertretungs-Wahlen.** Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Volksvertretung, die aus 120 Abgeordneten bestehen soll, siegte die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Die Deutschnationalen erhielten 34, die Unabhängigen 21, die S. P. D. 19, das Zentrum 17, die Freie wirtschaftliche Vereinigung 12, die Demokraten 10, die polnische Partei 7 Mandate.

Deutsch-Österreich.

× **Zur Lage.** Staatskanzler Dr. Renner sprach in einer von der sozialdemokratischen Partei in Linz einberufenen Volksversammlung über die wirtschaftliche und politische Lage und erklärte, Österreich könne nicht leben, bevor es nicht in irgend eine größere wirtschaftliche Gemeinschaft einbezogen werde. Der Staatskanzler wandte sich energisch gegen jeden Versuch, in Österreich eine Diktatur des Proletariats mit Gewalt durchzusetzen.

× **Die Wiener festlichen Veranstaltungen** aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens des Deutschen Schulvereins erreichten ihren Höhepunkt in einem Umzug, der zugleich eine große nationale Kundgebung für die Vereinigung mit Deutschland darstellte.

Rußland.

× **Friedenssehnsucht der Sowjetregierung.** In einer Unterredung mit einem französischen Journalisten erklärte Tschitscherin, daß die Räteregierung mit jeder Regierung der ganzen Welt, wie immer sie zusammengesetzt sei, die Beziehungen aufnehmen wolle. Sie wolle versprechen, sich in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Länder nicht einzumischen noch dort irgend welche Propaganda zu treiben. Und Sinowjew erläßt einen Aufruf an alle Arbeiter der Welt, die russische Sowjetregierung zu unterstützen, die Anhänger der dritten Internationale dürften auch ihrerseits auf Unterstützung seitens der Sowjets rechnen. So z. B. hatten die schwedischen Arbeiter bereits 11 Millionen Goldrubel aus Moskau für ihre Bewegung erhalten.

Aus In- und Ausland.

Kowno. Die Verfassunggebende Versammlung Litauens ist eröffnet worden. Staatspräsident Senatona verkündete seinen Rücktritt als Staatspräsident sowie den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Zum Präsidenten der Versammlung wurde Stulginskis (christlicher Demokrat) gewählt. Unter stürmischem Beifall wurde eine Entschließung über die Unabhängigkeit Litauens einstimmig angenommen.

Washington. Präsident Wilson hat nunmehr das Deportationsgesetz unterzeichnet, das den Staat ermächtigt, die Deportation von Fremden, die während des Krieges in Amerika interniert waren, vorzunehmen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 19. Mai.

Sonnenaufgang	4^{01}	Mondaufgang	6^{08} V
Sonnenuntergang	7^{59}	Monduntergang	9^{29} N

1762 Philosoph Johann Gottlieb Fichte geb. — 1918 Forschungsreisender Ernst v. Hesse-Wartegg gest.

□ **Neuerungen bei der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie.** Der Gewinnplan der im Juli d. J. beginnenden 16. Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie weist erhebliche Verbesserungen auf. Die beiden Hauptgewinne betragen künftig auch in den ersten drei Vorklassen je 100 000 M. In der Haupt- und Schlußklasse sind die beiden Prämien von 300 000 M. auf 500 000 M. erhöht. Anstelle der bisherigen beiden Gewinne von 150 000 M. sind zwei Gewinne zu je 300 000 M. eingeschoben worden. Die Mittelgewinne wurden der Zahl nach beträchtlich vermehrt und zwar die Gewinne zu 5000 M. auf dreihundert Stück, die Gewinne zu 3000 M. auf 4000 Stück und die Gewinne zu 1000 M. auf 8 200 Stück. Die Freilose sind in Wegfall gekommen. Das bringt aber keine Verkürzung der Spieler mit sich, da künftig der kleinste Gewinn jeder Klasse so hoch bemessen ist, daß er den vollen Kaufpreis für das Ersatzlos deckt. Der Losepreis ist jedoch zuzüglich eines Teuerungszuschlages auf 7,30 M. für das Achtellos in jeder der fünf Klassen erhöht und der Gewinnabzug auf 17 v. H. festgesetzt worden. Also auch hier Preissteigerung, die, wie üblich, mit der Verteuerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens begründet wird.

Warmbrunn.

* **Frühlingsfest im R. G. V.** Ein überaus zahlreiches und erwartungsfreudiges Publikum hatte sich am Sonnabend in der Galerie eingefunden und war damit einer vielversprechenden Einladung des Vorstandes der Ortsgruppe gefolgt. Um es von vornherein zu sagen: Gäste und Wirt sahen ihre Erwartungen zur vollsten Zufriedenheit erfüllt. In festlichem Maienschmuck prangten alle Räume unseres schönen Gesellschaftshauses im Kurpark. Ein riesiger Maienkranz spannte sich in weitem Bogen über die Rotunde. Kleinere Kränze zierten im Theatersaal die Kronleuchter, und allenthalben verwandelten Birken und frisches Grün, Blumen und Sträuße Säle und Räume in einen kleinen Hain, in dem sich's gar prächtig wandelte. Ja, schon das war mal etwas anderes, sintemalen Geschmack drin steckte. Und auch das Programm des unterhaltenden Teiles war nicht wie sonst. Statt eines Vorsitzenden in Lack und Frack und weißer Binde erschien da ein baumlanger Theater-Direktor auf der Stilbühne, der vor einigen Jahrhunderten mit seinem Vatermörder, Bratenrock und einem nach heutigen Begriffen ganz ausgefallenen Zylinder unmöglich hat echter ausschauen können. Die Begrüßungsansprache besagten Direktors weiland Herrn Dr. Grundmann war auch schon ganz anders wie sonst. Sonst lacht man doch nicht bei Begrüßungsansprachen, sondern steckt im Gegenteil eine feierliche Leichenbitter-Miene auf und ist furchtbar ernst und gähnt auch wohl mal heimlich dabei. Nach dem Schlußsatz des Herrn Direktor mußte der Gong volle 6 mal geschlagen werden, ehe seine auf das Zeichen zum Beginn der Vorstellung wartenden Mimen die weltbedeutenden Bretter betreten konnten — so ausgelassen lachte und klatschte man über die köstlichen Scherze des Herrn Direktor. Eine prächtige Leistung war das Hans-Sachs-Spiel. Die Wirkung der farbenfrohen Kostüme auf dem glatten Hintergrund der improvisierten Stilbühne war ausgezeichnet. Die Darstellung des grotesken Spieles war gut, jede Rolle fein ausgefeilt und auf eine tadellose Gesamtwirkung abgestimmt, sodaß eine wunderschöne Karrikatur auf eine Episode aus dem Leben ländlicher Einfalt zustande kam, die trotz der Unwahrscheinlichkeit der Darstellung doch so wahrhaftig mitunter passiert. Und die Moral, die der Herr Direktor am Schlusse des Spiels predigte — wie wahr ist sie doch. Der alte Schuster-Poet hat doch Schönes hinterlassen! Es muß nur verstanden werden, seine Werke gut zu interpretieren — das bewies dieses kleine Spiel. In „Zwei frohe Frühlingsgedichte" entpuppte sich Herr Dr. Grundmann als trefflicher Deklamator — was von ihm zwar als Direktor einer Wander-Schmiere vorauszusetzen war. Immerhin gibt es so'ne und solche, auch unter Mimen. Die Vortragskunst des Herrn Dr. Grundmann ist echt und gut, und man hört solche Deklamationen gern. Kostbaren, echt heimatlichen Humor vermittelte uns der gut dargestellte „Schafer". Der Schwank spielte sich in einem schlesischen Bauern-Zimmer ab, das ob seiner Echtheit den Neid eines jeden diesbezüglichen Liebhabers erregt haben mag. Derbe, dialektfeste Schlesier in denkbar echtesten Kostümen vergangener, besserer Zeiten führten uns darin in eine so urgemütliche, drollige Gegend des Landes der Fantasie, daß wir alle gern dorthin gemocht hätten. Wenn wir auch da bleiben mußten, für eine köstliche Stunde waren wir dort und hatten während dieser einen, köstlichen Stunde vergessen, daß wir in weniger gesegneten Zeiten leben. Herr Obergärtner Opitz beschloß mit famosen schlesischen Dialekt-Vorträgen den ersten Teil des Abends, die ihm verdienten Beifall einbrachten. Während des allgemeinen Tanzes merkte man erst, ein wie zahlreiches Publikum sich zu dem Frühlingsfest eingefunden hatte. Die Reigen- und Bauern-Tänze, die bunt hinein gestreut waren, konnte sich nicht ein Jeder beschaulich ansehen, es war zu voll dazu. Frl. Cigelski, die sich um deren Einstudierung eifrig bemüht hatte, konnte damit einen guten Erfolg für sich und ihre Arbeit buchen. Das Puppenspiel, das mit Original-Puppen der Münchener Else Hecht gegeben wurde, war einfach kostbar. Herr und Frau Dr. Grundmann bewiesen mit dessen Vorführung erneut eine kaum zu überbietende Vielseitigkeit und Kunstfertigkeit. Schade, daß das Nebenzimmer, in dem das Puppentheater gebaut war, zu klein, viel zu klein war. Hätte man's doch im Saal, von der Bühne aus gemacht! Herr Sabisch nahm während einer Tanzpause Gelegenheit. den Unermüdlichsten, um den Erfolg des Abends Verdientesten, den Dank aller auszusprechen, denen das Frühlingsfest zu einem so außerordentlich genußreißen, schönen Abend geworden war: Herrn und Frau Dr. Grundmann, Fräulein Zigelski, Herrn Obergätner Opitz. (Womit wir hoffentlich niemand vergessen haben! Die Schriftleitung.) Wir schließen uns Herrn Sabisch an, von ganzem Herzen. Ein neuer Geist, ein anderer, aber schöner Geist wehte uns aus der ganzen Veranstaltung entgegen. Und wir hoffen, daß uns dieser Geist im R.-G.-V. noch recht, recht lange erhalten bleiben möge, daß er sich auch darüber hinaus fruchtbringend weiterpflanze und gute Früchte trage. Auch dann, wenns der eine oder der andere nicht zu wünschen beliebt — denn „neue Geister" haben gerade hier schon des öfteren seelische und sonstige Erschütterungen bei dem einen oder anderen hervorgerufen. Der Gesamtheit der Gäste des Frühlingsfestes glauben wir sicher Rechnung zu tragen. wenn wir sagen: Dank den Veranstaltern, dem R.-G.-V für diesen Abend!

* **Deutschnationale Volkspartei,** Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf. Am Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Saale des „Weißen Adler" in Warmbrunn der bekannte Pfarrer Thiel aus Naumburg a. B. über: Politische Tagesfragen. Er verfügt über eine vortreffliche Rednergabe. Deutschnationale Männer und Frauen erscheint in Massen. Auch Gäste aus anderen bürgerlichen Parteien sind willkommen.

* **Zur Abstimmung in Westpreußen.** Nach der Abstimmungsordnung für das westpreußische Abstimmungsgebiet sind alle Personen, die nicht im Abstimmungsbebiet wohnen oder dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, ohne Unterschied des Geschlechts stimmberechtigt, wenn sie im Abstimmungsgebiet geboren sind und am 10. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet haben. Das Stimmrecht wird in der Geburtsgemeinde ausgeübt. Alle in Schlesien wohnenden, im Abstimmungsgebiet geborenen Westpreußen, die am 10. Januar 1920 20 Jahre alt geworden sind, sind also stimmberechtigt. Zur Aufnahme in die Stimmlisten müssen sie sofort, falls noch nicht geschehen, ihre genauen Anschriften an die in fast allen schlesischen Kreisstädten gegründeten Vereine heimatstreuer West- und Ostpreußen oder an die Arbeitsgemeinschaften oder an die in den kleineren Städten arbeitenden Vertrauensleute oder, wenn diese Stellen nicht bekannt sind, an die Zweigstelle in Breslau des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen zu Breslau, Kaiser Wilhelmplatz 20, einsenden. Größte Beschleunigung der Anmeldung ist dringend erforderlich.

Herischdorf.

Die Heberolle

der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung der Gemeinde Herischdorf liegt in der Zeit vom 18. bis einschließlich 31. Mai des Jahres im Gemeindeamt zur Einsicht der Beteiligten aus.

Herischdorf, den 16. Mai 1920.

Der Gemeindevorstand:
Feeser.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	17. 5. Geld	17. 5. Brief	15. 5. Geld	15. 5. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	1773,20	1776,80	1788,20	1791,80	170 Mk.
Dänemark . Kronen	806,70	806,80	814,20	815,80	112 „
Schweiz . . Frank	—	—	866,60	868,40	80 „
Amerika . . Dollar	—	—	48,95	49,05	4,40 „
England . Pfund	185,80	186,20	184,80	188,20	20,20 „
Frankreich . Frank	—	—	821,65	822,85	80 „
Italien . . Lire	285,75	286,25	285,75	286,25	80 „
Dt.Österreich Kronen	23,29	23,35	23,22	23,28	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 17. Mai: Hafer für 1000 Kilogramm auf Abladung 3160—3200 Mark ab Station. Tendenz unregelmäßig.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 250—275 Mark, gelbe und grüne Erbsen 180—200 Mark, Bohnen, weiße inländische —.— Mark, Peluschken 115—120 Mark, Pferdebohnen 110—120 Mark, Wicken 100—110 Mark, Lupinen 60—66 Mark, Serabelle 55—62 Mark, Wiesenheu, lose, 23—26 Mark, Stroh, drahtgepreßt 14—15 Mark, gebündelt 12—13 Mark, Trockenschnitzel 60—64 Mark, Patent Steffen 100—104 Mark.

* **Die dänische Kronenwährung** in der ersten schleswigschen Abstimmungszone soll gutem Vernehmen nach bereits am 20. Mai eingeführt werden. In der Bevölkerung ist die Entrüstung über diesen zweifellosen Bruch des Friedensvertrages sehr groß, da die tatsächliche Grenze noch nicht festgesetzt ist. Deutsche wie dänische Arbeiter und Angestellte sind gleichen Sinnes im Widerspruch und erwägen die Idee eines allgemeinen Proteststreiks. Die Vorstände und Vertreter sämtlicher gewerblichen Vereine, der Innungen, der Gewerkschaften, deren Arbeiter, Beamten und Angestellten halten Besprechungen in dieser Richtung ab.

* **Die Übereinkunft mit Holland über Lebensmittellieferungen an Deutschland,** zu denen mittlerweile die holländische Regierung ihre Zustimmung gegeben hat, bestimmt, daß Holland an die deutsche Regierung 5000 Tonnen Weizen im Werte von 1 570 000 Gulden, 5400 Tonnen Fleisch im Werte von 6750000 Gulden verkauft. Deutschland erklärt sich bereit, Nordsee- und Zuiderseeheringe im Werte von 3500000 Gulden, Milch- und Milchprodukte im Werte von sechs Millionen Gulden, Kokuskuchen im Werte von 2 660 000 Gulden, Käse im Werte von acht Millionen Gulden und Marmelade im Werte von einer Million Gulden zu kaufen. Zum Ankauf von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs nach Wahl der deutschen Regierung stellt die holländische Regierung die Summe von 30520000 Gulden zur Verfügung. Auf diesen Kredit wurde von der holländischen Regierung ein Vorschuß von 25 Millionen Gulden gewährt. Die Lieferungen sind bereits im Gange.

Nah und Fern.

o **Wohlfahrtsspende für das Saargebiet.** Das saarländische Mitglied der Regierungskommission im Saargebiet, Herr v. Boch, hat den größten Teil seines vom Völkerbund auf 100 000 Frank festgesetzten Jahreseinkommens der Abteilung für Wohlfahrt der Saarregierung zur Verwendung für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

o **Die Ludwigshafener Anilinfarbendiebstähle entdeckt.** Die Farbendiebstähle, die seit Monaten in der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen Beunruhigung hervorgerufen haben, sind entdeckt. Eine Bande von Schiebern und Dieben wurde in München und in Ludwigshafen verhaftet, insgesamt 15 Personen. Sechs Zentner Anilinfarben konnten noch in München beschlagnahmt werden.

o **Studententumult in Frankfurt a. M.** Während der Antrittsvorlesung des zum Professor an der Frankfurter Universität ernannten sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Sinzheimer, des bekannten Mitgliedes des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, kam es zu großen Tumulten, da deutschnationale Studenten die Vorlesung durch Trampeln zu unterbrechen suchten. Die Studenten erklärten später in einem Aufruf, daß sie jede Vorlesung Sinzheimers stören würden, da sie ihm jede persönliche Achtung versagen müßten.

o **Haus Doorn im Blumenschmuck.** Haus Doorn in Holland, in das das ehemalige deutsche Kaiserpaar dieser Tage von Amerongen übergesiedelt ist, prangte am Tage des Einzuges der neuen Bewohner ganz im Blumenschmuck. Die Blumen waren zum großen Teil von kaisertreuen Deutschen gespendet worden.

o **Tatendurstige französische Studenten.** In Straßburg sind Studenten in das Universitätsgebäude eingedrungen und haben das dort aufgestellte Germaniastandbild zerstört. Den Kopf der Germania legten sie zu Füßen des Kleberdenkmals nieder, wobei sie die Marseillaise sangen.

o **Wiedereinführung der Brieftelegramme?** Wie man in Berlin hört, erwägt die Reichspostverwaltung die Wiedereinführung der Brieftelegramme. Die Entscheidung soll im Herbst fallen, nachdem man die weitere Entwicklung des Telegrammverkehrs beobachtet haben wird.

o **Keine Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise mehr.** Zu den Gerüchten, daß eine abermalige Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise geplant sei, erfährt man von zuständiger Stelle, daß eine solche Erhöhung nicht beabsichtigt ist. Man wisse genau, daß die jetzigen Preise die Grenze bedeuten, bis zu der man überhaupt gehen kann.

o **Wie die Alten sungen . . .** In Polzin war ein Karussell infolge eines Unfalls, bei dem mehrere Kinder Verletzungen erlitten hatten, von der Polizei gesperrt worden. Am nächsten Abend demonstrierte ein Zug von etwa 150 Kindern in den Straßen und verlangte vor dem Hause des Bürgermeisters die Freigabe des Karussells.

o **Fünf Personen ertrunken.** Beim Ansegeln eines Lübecker Seglervereins ereignete sich auf der Holzwiek in Lübeck ein schwerer Unglücksfall. Durch Kentern eines Bootes infolge einer scharfen Regenböe ertranken der Direktor des Nordischen Frachtkontors und ein junger Mann von 18 Jahren. Am gleichen Tage ertranken, ebenfalls als Opfer der starken Böen, auf dem großen Plöner See drei Arbeiter.

o **Beschlagnahme des Hölz-Films.** Die Dresdener Staatsanwaltschaft hat den Film „Hölz, der Diktator des Vogtlandes" in einem Lichtspielhaus in Dresden beschlagnahmt, um an Hand dieses Films die Mitglieder der Hölzgarde festzustellen und sie zu überführen. Überdies ist der Film für den ganzen Bezirk Groß-Dresden verboten worden.

o **Fortschritte der Salvarsanbehandlung.** Im Dresdener städtischen Krankenhaus werden Versuche mit Salvarsan unternommen, die darauf hinzielen, die einzigen Stellen im menschlichen Körper, die bisher noch der Salvarsanbehandlung Widerstand leisten, Gehirn und Rückenmark, zu heilen. Die Einwirkung auf das Gehirn ist durch Injektion an der Halsschlagader geglückt, während die Versuche am Rückenmark noch fortgesetzt werden müssen.

o **Komplizierter Selbstmord.** Auf eigenartige Weise verübte in Greifswald ein Student Selbstmord. Er schlang einen langen Draht um das Handgelenk und schleuderte das freie Ende über eine Starkstromleitung. Der Tod trat sofort ein.

o **Das sagenhafte Kind des Oberst Bischoff.** In aufgeregter Weise beschäftigt sich die Presse in letzter Zeit mit einem Kinde des nach dem Kapp-Putsch flüchtig gewordenen Majors Bischoff. Das sechsjährige Kind sollte verhaftet worden sein. Das Stettiner Polizeipräsidium verbreitet nun eine fast humoristisch anmutende Erklärung zu dem Fall, in der es heißt: „Major Bischoff hat überhaupt kein Kind. Das auf seinem Gute Neetzow angetroffene Kind ist die sechsjährige Tochter einer Baltin, Beatrice von Freytag-Loringhoven, russische Untertanin, die mit Major Bischoff flüchtig ist. Daß Major Bischoff die Baronin geheiratet hätte, davon ist nichts bekannt, jedenfalls hat er an dem russischen Kind kein Elternrecht. Das Kind ist niemals verhaftet oder in Schutzhaft genommen worden, noch wurde es einer Zwangsvernehmung unterworfen. In Haft genommen wurden nur, unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung, die Bonne und das Kindermädchen, beide Russinnen. Diese nahmen das Kind mit, weil sich die auf dem Gut wohnende Gräfin Westarp geflissentlich weigerte, das Kind in Obhut zu nehmen. Allein mit Rücksicht auf das Kind, um das sich seine Mutter bisher gar nicht gekümmert hat, sei die Ausweisung der Bonne und des Kindermädchens als lästige Ausländerinnen unterblieben, und man hat die Bonne wieder auf freien Fuß gesetzt, damit das Kind eine Obhut habe."

o **Frau Lepa aus der Haft entlassen.** Der Fall der Frau Geheimrat Lepa, die größerer Betrügereien beschuldigt wird, wird voraussichtlich vorläufig nicht zur weiteren Verhandlung kommen. Sie ist auf Antrag ihres Verteidigers aus der Untersuchungshaft entlassen worden, nachdem die Ärzte übereinstimmend ihre zurzeitige Verhandlungsunfähigkeit bestätigt haben.

In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag rief Gott der Herr unerwartet seinen treuen Knecht, den

Rektor

Oswald Rücker

in Saarau

zu sich in sein himmlisches Reich. Seine sterbliche Hülle soll seinem Wunsche gemäss in Heimaterde ruhen.

In tiefer Trauer

Pauline Rücker, geb. Besser, als Gattin,
Martha und Hildegard als Töchter,
Familien Rücker, Besser, Jakob und Liebig.

Warmbrunn, den 17. Mai 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 2½ Uhr von der evangelischen Kirche in Warmbrunn aus statt.

Deutschnationale Volkspartei

Versammlung

Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Saale des Weißen Adler, Warmbrunn.

Vortrag

des Pfarrer Thiel aus Naumburg a. B.:

„Politische Tagesfragen".

Deutschnationale Männer und Frauen erscheint in Massen.

Auch **Gäste** aus anderen **bürgerlichen** Parteien sind willkommen.

Zur Deckung der Unkosten wird ein freiwilliges Eintrittsgeld erhoben.

Deutschnationale Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf.

Suche in Warmbrunn

1 Delikatessengeschäft

zu kaufen.

Verkäufer wollen bis 22. d. Mts. Angebote unter „E. B. 20" in der Geschäftsstelle dieser Zeitung niederlegen.

Empfehle
schlagende Neuheiten in
Herren-Hüten und -Mützen.

Karl Selle,
An der Badeverwaltung.

Kriegsanleihe in jeder Höhe **kauft** gegen bar
Hans Hinderer, Breslau 5, Schweidn. Stadtgr. 16

Der neue Posttarif

auf Karton zum aufhängen,

zum Preise von
80 Pfennig für das Stück

vorrätig

Nachrichten u. Tageblatt
Herischdorfer Tageblatt
Warmbrunn.

In Ihrem eigenen Interesse
liegt es, sich bei Bedarf von

Herren - Stoffen

an einen erfahrenen Fachmann zu wenden; alsdann werden Sie auch sicher sein, wirklich gut und vorteilhaft zu kaufen.

In größter Auswahl empfehle ich in **blau, marengo, schwarz** und **geschmackvollen farbigen Mustern**

Anzug-, Paletot-, Hosen- und Kostümstoffe

zu verhältnismässig äusserst billigen Preisen.

Ebenso vorteilhaft

Futterstoffe, Bozener Mäntel, Herren- u. Jünglingsanzüge

1- und 2-reihig, in schönen modernen Farben.
Einzelne Hosen in eleganten Streifen und soliden Mustern.

Gustav Rohloff, Herischdorf,
Scholzenberg, Haus Bergfrieden.

Kakao,
¼ Pfund Mark 7,—,
Kakao-Grus,
Pfund Mark 3,50
empfiehlt
Waldemar Zimpel,
Ziethenstraße 20.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Ein größerer Posten
stabile
Fracht-Kisten
sofort zu verkaufen.
Herischdorf,
Deutsche Kolonie 12.

Die „Kurliste für Bad Warmbrunn"

erscheint wie üblich ab dieser Woche.

Der
Abonnementspreis beträgt
frei ins Haus 7,50 Mark
für die Saison,
Einzelnummern 50 Pfennig.

Abonnements-Bestellungen wolle man umgehend an die unterzeichnete Geschäftsstelle richten.

Nachrichten u. Tageblatt
Voigtsdorferstrasse 2.

Zu verkaufen:

1 Schreibtisch,
1 Liegestuhl,
1 großer Ausziehtisch,
1 Bücher-Etagere,
1 Kleiderschrank,
1 Reisekoffer,
1 Paar Kinderschuh (3 Jahr),
1 Gardinenspanner, neu,
1 Paar Gummischuhe (Größe 39, neu)
und Gardinenstangen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für Liebhaber!

Zu verkaufen:

1 Silberstück

(echt, Silberwert 120 Mark).

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu verkaufen:

1 Gebett Betten, 1 eisernes Feldbett, ein eiserner Blumenständer, ein Geweih

Wrangelstraße 11, 1. Etg.

Geld in jeder Höhe gegen monatl. Rückzahlung verleiht sofort
Blume & Co., Hamburg 5

Ein fast neuer
feldgrauer
Anzug
zu verkaufen.
Voigtsdorferstrasse 62.

---

6 zweijährige Lege-Hühner zu verkaufen.
Hermsdorferstraße 16, I.

Frische
Norweger Rauchlachs-heringe
eig. Räucherung empfiehlt
Waldemar Zimpel,
Ziethenstraße 20.

Berufstätige Dame sucht sofort in Warmbrunn od. Ober-Herischdorf ein
sonniges Balkonzimmer,
bevorzugt m. ganzer Pension.
Preisangebote unter „D. E." an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte
empfehle ich
Teegläser
mit vernickeltem Halter, Stück 3,— Mark.
Tropfenfänger „Ideal"
für alle Kannen passend, mit und ohne Deckelhalter, sorgt für Sauberkeit der Tischwäsche.
Stück Mark —,60, —,70, —,90 u. 1,25.
Preise ausschließlich Verpackung und Porto.
Rudolph Preuss, Görlitz.

Grossen Erfolg

erzielt jeder Geschäftsmann, wenn er seine Waren dem Publikum in den stark verbreiteten und viel gelesenen

Nachrichten und Tageblatt
und Herischdorfer Tageblatt

anzeigt. Inserate jeglicher Art haben daher die denkbar grösste Wirkung
Bitte machen Sie einen Versuch und Sie werden unserer Angabe Glauben schenken.